

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Graf H. J. Schell, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke, Als Hekisch, in Firma J. Szemann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: L. B. G. K. Lieblich in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unieren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Kad. Hofe, Anstalten & Fogler & G. L. D. Dube & Co., Juvalidentand. Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 591

Donnerstag, 24. August.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Montag, Mittwoch und Freitag folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, am Sonntag und Feiertagen ein Mal. Der Abonnementsbetrag beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Preussisch-Posen. Bestellungen nehmen alle Anzeigenstellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sich auf die heutige Nummer beziehen, sind in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Politische Uebersicht.

Posen, 24. August.

Ueber die Nothwendigkeit der Aenderung des bestehenden Militärstrafverfahrens ist schon so viel gesprochen und geschrieben worden, daß sich nichts Neues mehr an Gründen heiligen läßt. Aber die Erörterung der Frage kann und darf nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil fast jeder neue Tag neues schwerwiegendes Material für die Dringlichkeit dieser Reform liefert. Dem Falle Schröder folgen unmittelbar auf dem Fuße Meldungen über mehrere schwere Marschunfälle, die, wenn die Schilderungen der Wahrheit entsprechen, auf strafwürdige Versehen der kommandirenden Offiziere zurückgeführt werden müssen. In dem einen Falle, der aus München gemeldet wird, sollen bei dem 12. bayerischen Infanterieregiment nicht weniger als 35 Hitzschläge und drei Todesfälle vorgekommen sein. Einzelheiten fehlen bis jetzt noch, doch kann bei dem Umfange des Unglücks kein Zweifel sein, daß nicht diejenige Sorgfalt beobachtet worden ist, welche das Volk für seine unter die Fahne berufenen Söhne verlangen muß. Ueber den andern Fall dagegen, von dem das 2. württembergische Infanterie-Regiment Nr. 120 betroffen worden ist, liegen eingehende Berichte vor, die — ihre Zuverlässigkeit vorausgesetzt — auf eine ganz rücksichtslose Ueberspannung der Kraft und der Leistungsfähigkeit der Mannschaften hinweist. Wenn es richtig ist, daß an einem brennend heißen Tage das Regiment volle 6 Stunden lang mit Gefechtsübungen und Parade-marsch gedrückt und dann unter Verschmähung eines schattigen Glacisweges um 11 Uhr Vormittags in einer Sonnengluth von 32 Grad Reaumur auf schattenloser Chaussee in die Garnison zurückgeführt worden ist, sodas in Folge der Hitze und Ueberanstrengung 31 Mann zusammenbrachen, von denen einer am Hitzschlag starb, während andere in Lebensgefahr gerathen — wenn das Alles wahr ist, so wird man es kaum anders als ein frivoles Spiel mit dem Leben und der Gesundheit der Soldaten bezeichnen können. Die Bürgerschaft hat ein Recht darauf, zu erfahren, was an dieser Darstellung wahr ist und die Heeresverwaltung ihrerseits hat das größte Interesse, entweder mit unanfechtbarer Klarheit nachzuweisen, daß die Darstellung übertrieben ist oder aber der Bürgerschaft wenigstens die Ueberzeugung zu gewähren, daß gegen die Schuldigen mit derjenigen Schärfe vorgegangen ist, welche der Schwere ihres Vergehens entspricht. In letzterem Falle kommt es nicht allein darauf an, daß wirklich so vorgegangen wird, sondern vor Allem darauf, daß das Volk auch daran glaubt und daraus die Beruhigung schöpft, daß an der maßgebenden Stelle Alles geschieht, um der Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen. Grundbedingung dafür ist die Verhandlung vor der vollsten Oeffentlichkeit. Wird das Urtheil hinter verschlossenen Thüren gefällt — und mag es noch so streng und noch so gerecht sein — so wird das tief eingegriffene Mißtrauen aus der Volksseele nicht weichen, daß man doch noch das Schlimmste versucht habe. Daß derartige bei Militärgerichten vorkommt, hat in diesen Tagen erst, wie bereits mitgetheilt, ein militärisches Fachblatt, die „Allg. Mil. Kor.“ bei der Besprechung des Falles Schröder offen anerkannt. Ein Augenblick, wo man mit neuen riesenhaften Forderungen an die pekuniäre Opferwilligkeit des Volkes appelliren will, nachdem man ihm soeben erst schwere persönliche Opfer auferlegt hat, ist ganz besonders geeignet, die Erwägung nahe zu legen, daß es schon ein Gebot per politischen Klugheit wäre, für alles das, was man vom Volke fordert, auch seinen gerechten Wünschen wenigstens eine kleine Konzession zu machen.

Die „Köln. Volksztg.“ hatte die Nachricht gebracht, daß von den durch die Steuerreform aufzubringenden Summen 40 Millionen für eine Verstärkung der Marine verwandt werden sollten, um diese fähig zu machen, in der Nordsee der französischen Marine die Spitze zu bieten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, wie telephonisch bereits gemeldet, in der Lage zu sein, die Nachrichten von dem Bestehen der Absicht, im Zusammenhang mit der Steuerreform im Reich mit „bedeutenden“ Marineforderungen an die gesetzgebenden Faktoren heranzutreten, auf das Bündigste als unrichtig zu bezeichnen. — Der Ton dieses Dementis liegt offenbar in den Worten „im Zusammenhang mit der Steuerreform“; die Absicht neuer Marineforderungen wird dadurch natürlich nicht in Abrede gestellt. Auch ist in dem Worte „bedeutend“ eine Hintertür gelassen. Vielleicht werden die Neuforderungen für die Marine nicht vierzig Millionen jährlich betragen, wovon die „Köln. Volksztg.“ geredet hatte, aber „bedeutend“ werden sie gleichwohl sein. Das ist notorisch, nachdem der Staatssekretär im Marineamt seine Schwärmerie

für möglichst zahlreiche und möglichst große Schlachtschiffe mit anerkenntwerther Unumwundenheit geäußert hat. Also ein wahrscheinlich keineswegs geringer Theil der neuen Reichssteuer wird doch wohl für die Marine Verwendung finden, wenn auch zunächst die für die Miquel'sche Reform gemachte Stimmung nicht durch den Witz über derartige abermalige große militärische Aufwendungen verborgen werden soll.

Den neuen Reichsschatzsekretär, Graf Posadowsky-Wehner hatte der „Vote a. d. Riesengeb.“ sehr gerühmt wegen der Verdienste, die er sich als Landrath um die Volksbildung erworben habe. Die „Danz. Ztg.“ entnimmt nun den Verhandlungen der dritten ordentlichen Generalsynode aus dem November-Dezember 1891 einige Stellen aus einer Rede des Grafen v. Posadowsky, in welcher dieser sich als begeisterten Anhänger der konfessionellen Volksschule bekennt und dringend vor einer „Ueberschraubung“ der Ziele unserer Seminarien warnt, weil sonst die Schulkinder viel mehr lernen, als ihnen gut sei.

Das Blutbad von Aigues-Mortes wird so leicht noch nicht in Vergessenheit gerathen. Auch stellt sich jetzt heraus, daß der diplomatische Konflikt, welcher sich in Folge der Vorfälle von Aigues-Mortes zwischen Italien und Frankreich angespannt hatte, noch nicht beigelegt ist. Indessen sieht man darin noch nicht klar. Böllig unverständlich aber ist das uns gestern vom Wolff'schen Bureau übermittelte römische Telegramm über die offiziös veröffentlichten weiteren Erklärungen des Ministers Develle gegenüber dem italienischen Botschafter. Der Minister des Innern glaubt hiernach das Entlassungsgesuch des Maires von Aigues-Mortes nicht annehmen zu können, weil er ihn für unentbehrlich halte. Hier muß entweder eine grobe Verstümmelung des Textes stattgefunden haben, oder das französische Cabinet erlaubt sich Italien gegenüber einen Hohn, der das Schlimmste zur Folge haben müßte, wenn es nicht eben undenkbar wäre, daß eine so beleidigende Zurückhaltung in der anfänglich gemachten Zusagen erfolgen könnte. Noch unverständlicher beinahe ist es, wenn es in der Depesche weiterhin heißt, eine Untersuchung über die Behauptung des Maires, die Italiener beschützt zu haben, sei im Gange, und „nur in diesem Falle könne das Abschiedsgesuch des Maires angenommen werden, andernfalls müsse derselbe auf seinem Posten verbleiben.“ Was das heißen soll, wissen wir nicht, und wir glauben auch nicht, daß jemand Anders es herausfinden kann. Man kann doch wirklich nicht annehmen, daß der würdige Maire von Aigues-Mortes gemahregelt werden soll, wenn und weil er die Italiener beschützt hat, und daß er im entgegen-gesetzten Falle mit einer Bürgerkrone belohnt werden wird. Muß hiernach die nähere Aufklärung über die letzten Mittheilungen der französischen an die italienische Regierung abgewartet werden, so macht die Meldung der italienisch-offiziösen „Agenzia Stefani“, auch wenn man die telegraphisch übermittelten Unklarheiten beiseite läßt, immerhin den Eindruck, als sei noch nicht Alles so geordnet, wie es die ersten hoffnungsfreudigen Depeschen aus Rom verhießen. Die Stimmung in Rom ist erstlich eine derartige, daß eine schwere innere Krise eintreten müßte, wenn die von Frankreich zu gewährende Genugthuung auch nur um Haars Breite hinter der bestehenden Grenze zurückbliebe, die sich das Cabinet Giolitti gesteckt hat. Crispi steht schon auf dem Sprunge, um eine Erbschaft anzutreten, von der er und seine Anhänger meinen, daß sie diesem heißblütigen Staatsmanne seit seinem Rücktritt selten in solcher Nähe gewinkt hat, wie gerade jetzt. — Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als das Wolff'sche Bureau uns eine Berichtigung ihrer römischen Depesche zusandte, wonach der Maire von Aigues-Mortes nun doch seines Amtes enthoben werden soll. Dieser eine Punkt unserer Betrachtung ist demgemäß richtig zu stellen, das Uebrige aber bleibt bestehen.

Die Homerule-Erörterung im englischen Unterhause eilt ihrem Ende zu. Das Interesse an den Verhandlungen des Unterhauses ist fast bis auf die Neige erschöpft, kaum noch, daß es durch Zwischenfälle oder durch neue überraschende Zusatzanträge für ein Weilchen aufgestrichelt werden kann. Ein solcher Fall trat, nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“, am Dienstag Abend ein. In dieser Sitzung bildete ein von Morley Namens der Regierung beantragter Zusatz zu Klausel IV. der Homerule-Vorlage, der bezweckt, die irische Legislatur daran zu verhindern, britischen Unterthanen auf Grund ihrer Herkunft, ihres Geburtsortes oder des Ortes, wo sie ihr Geschäft betreiben, Unfähigkeiten aufzuerlegen, den Gegenstand einer lebhaften Erörterung.

Der Unionist Gorst beantragte, den Zusatz durch das Wort „Bognori“ zu ergänzen. Morley beanstandete dies aus dem Grunde, daß die irische Legislatur alsdann verbindend sein würde, von Irland abwesende Grundbesitzer zu besteuern, wenn ihr dies gutdünken sollte. Forster, Lord Cranbourne, Chaplin und andere Unionisten protestirten scharf gegen die Absicht, der irischen Gesetzgebung Befugniß zu ertheilen, abwesende Grundbesitzer zu besteuern. Saunders bemerkte, die Aussichten des irischen Grundbesitzers würden keine erfreulichen sein, wenn Irland Homerule erlange. Bleibe er in Irland, dann laufe er Gefahr, erschossen zu werden, gehe er außer Landes, dann werde er hoch besteuert werden. Goschen rügte ebenfalls den Vorschlag. Gladstone drückte die Hoffnung aus, Homerule werde die Zahl der abwesenden Grundbesitzer vermindern, aber deren Besteuerung sei grundsätzlich nicht ungesund. Jedenfalls sei die Zweckmäßigkeit, abwesende Landlords zu besteuern, eine Frage, deren Lösung ausschließlich der irischen Legislatur obliege. Nach Ablehnung des Antrages Gorst wurde der Regierungsantrag ab stimmungslos angenommen.

So schleppt sich die Verhandlung hin. Am 1. September jedoch müssen die Verhandlungen des Unterhauses beendet sein, denn dann muß die Bill an das Oberhaus gelangen.

## Deutschland.

A Berlin, 23. Aug. Es ist jüngst von mehreren Seiten behauptet worden, daß die Sozialdemokraten beabsichtigten, bei den Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus im Oktober sich zum ersten Male zu betheiligen. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie hat diese Meldung prompt dementirt. Nach der ganzen Haltung, die die Sozialdemokratie bisher gegenüber den preussischen Landtagswahlen beobachtet hat, und bei der Unmöglichkeit, ohne Hilfe anderer Parteien einen ihrer Anhänger durchzubringen, war der Beschluß der Wahlenthaltung seitens der Sozialdemokraten zu erwarten. Dennoch liegen die Umstände für die neuen Wahlen so, daß die Sozialdemokraten sich die Sache doch wohl noch einmal überlegen werden. Den Konservativen (unter Einrechnung der Freikonservativen) fehlen jetzt im Abgeordnetenhaus nur 14 Stimmen an der Mehrheit. Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen, bei der Unterstützung, die die Konservativen von den Antisemiten finden, und angesichts des Umstandes, daß von Wahl zu Wahl mehr Wähler, die früher liberal wählten, aus Abneigung gegen das Dreiklassensystem mit der öffentlichen Abstimmung zu Hause bleiben, ist die Gefahr vorhanden, daß das Abgeordnetenhaus zum ersten Male eine rein konservative Mehrheit findet. Diese Gefahr verweist zunächst die liberalen Parteien dringend und gebieterisch auf ein Zusammengehen. Die nationalliberale Partei würde beim Zustandekommen einer konservativen Mehrheit ebenso einflußlos auf die Mehrheitsbildung sein, wie jetzt die freisinnige Partei; selbst wenn Rechtskonservative und Freikonservative sich gelegentlich trennten und die Freikonservativen mit den Nationalliberalen gingen, hätten Freikonservative, Nationalliberale und Freisinnige — für letztere beiden Parteien die gegenwärtige Stärke vorausgesetzt — zusammen noch keine Mehrheit, sondern müßten die Entscheidung der Centrumspartei überlassen. Die Sozialdemokratie sieht nunmehr vor der Wahl, ob sie durch Passivität das Zustandekommen einer rein konservativen Mehrheit begünstigen oder ihre Stimmen gegen die Konservativen in die Wagschale werfen will. Die Stimmenzahl, die die Sozialdemokraten aufbringen können, ist, nach ihren Erfolgen bei den Reichstagswahlen zu schätzen, wahrscheinlich schon eine ziemlich bedeutende. Um ihren Einfluß wirksam zu machen, böten sich ihnen beim ersten Theile der Wahl, bei der Wahlmännerwahl, zwei Wege: die Unterstützung der Liberalen und die Aufstellung eigener Wahlmänner-Kandidaten. Gäben dann weiter die sozialdemokratischen Wahlmänner einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen, so würde es vielfach zu Stichwahlen zwischen Liberalen und Konservativen, wohl hier und da aber auch (in Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie ganz oder nahezu ganz die dritte Wählerklasse beherrscht) zwischen Konservativen und Sozialdemokraten kommen. Bei Stichwahlen zwischen zwei Gegnern absolute und unbedingte Wahlenthaltung zu üben, hat der letzte sozialdemokratische Parteitag für einen Fehler erklärt. Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag (im Oktober zu Köln) wird vor den Landtagswahlen stattfinden. Wir begnügen uns einstweilen mit dieser vorläufigen Wahlbetrachtung, die nur Folgerungen aus den ziffermäßig vorliegenden Thatsachen enthält, ohne daran irgend eine praktische Aufforderung zu knüpfen. Wir glauben aber, daß die diesmalige, überaus ungünstige Situation allseitig gründlich erwogen werden, und daß eine Mehrheit der Landtagswähler sich dagegen auflehnen wird, Herrn v. Hammerstein und den aus dem Reichstage glücklich entfernten Herrn Stöcker im Landtage zu absoluten Herren der Lage zu machen. — Folgender Unstimm aus einer gestrigen





Samburg, 23. Aug. Getreidemarkt. Weizen loco rubig...

Samburg, 23. Aug. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-

Samburg, 23. Aug. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average

Best, 23. Aug. Produktenmarkt. Weizen flau, per Herbst

Paris, 23. Aug. Getreidemarkt. (Schlußber.) Weizen rubig,

Paris, 23. Aug. (Schluß.) Rohzucker rubig, 88 Proz. loco

Sabre, 23. Aug. (Telegr. der Hamb. Firma Betmann, Biegler

Sabre, 23. Aug. (Telegr. der Hamb. Firma Betmann, Biegler

Amsterdam, 23. Aug. Jaba-Kaffee good ordinary 50 1/2.

Amsterdam, 23. Aug. Bancaum 52 1/2.

Amsterdam, 23. Aug. Getreidemarkt. Weizen auf Termine

Antwerpen, 23. Aug. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raf-

London, 23. Aug. An der Küste 12 Weizenladungen angeboten.

London, 23. Aug. Chili-Kupfer 41 1/2, p. 3 Monat 41 1/2.

Glasgow, 23. Aug. Robotten. (Schluß.) Mixed numbers

Leith, 23. Aug. Getreidemarkt. Markt außerordentlich leblos.

Liverpool, 23. Aug., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle

Liverpool, 23. Aug., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Liverpool, 23. Aug., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Chicago, 22. Aug. Weizen per August 61, per Sept. 61 1/2.

Chicago, 22. Aug. Weizen per August 61, per Sept. 61 1/2.

Newyork, 22. Aug. Waarenbericht. Baumwolle in New-

Newyork, 23. Aug. Weizen per August 67 1/2 C., per

Berlin, 24. Aug. Wetter: Bewölkt.

Berlin, 23. Aug. Die heutige Börse eröffnete in festerer

Berlin, 23. Aug. In Newyork gab der Preis für Weizen

Berlin, 23. Aug. In Newyork gab der Preis für Weizen

Berlin, 23. Aug. In Newyork gab der Preis für Weizen

Berlin, 23. Aug. In Newyork gab der Preis für Weizen

Berlin, 23. Aug. In Newyork gab der Preis für Weizen

Berlin, 23. Aug. In Newyork gab der Preis für Weizen

Dieferungsqualität 150 M., gelb. märk. 151-152 ab Bahn bez.,

per diesen Monat - per August-September - per September-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

per diesen Monat 132,75-133,75 bez., per Aug.-Sept. - per Sept.-

Table with multiple columns listing various commodities, prices, and exchange rates. Includes sections for Bank-Diskonto, Deutsche Fonds u. Staatspap., Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Priorität-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.